

ANFRAGE von Hanspeter Hugentobler (EVP, Pfäffikon) und Christoph Ziegler (GLP, Elgg)

betreffend Wird die KJG-Umsetzung zum Bürokratiemonster?

Mit Beschluss vom 27. März 2019 verfügte der Regierungsrat auf Antrag der Bildungsdirektion eine Erhöhung der Stellenpläne um 19,8 Stellen. 17 zusätzliche Stellen werden im Amt für Jugend- und Berufsberatung geschaffen, 2,8 Stellen im Volksschulamt. Begründet wird dieser massive Stellenausbau mit den Vorbereitungen und der Umsetzung des neuen Kinder- und Jugendheimgesetzes KJG. Die wiederkehrenden Mehrkosten von rund 3,5 Mio. Franken pro Jahr werden dabei ab Inkrafttreten des KJG zu 60 % den Gemeinden überbürdet.

Wir bitten den Regierungsrat um die Beantwortung folgender Fragen:

1. Die Erhöhung um rund 20 Stellen stellt einen massiven Personalausbau dar. War sich der Regierungsrat bei der Beratung des Kinder- und Jugendheimgesetzes in der Kommission dieser personellen Zusatzkosten schon bewusst?
2. Insbesondere beim Personalausbau im Amt für Jugend- und Berufsberatung um 17 Stellen stellt sich die Frage, ob damit nicht eine übertrieben detaillierte Planung und Steuerung der Heimbranche aufgebaut wird. In der KJG-Debatte wurde vor einer kantonalen Über-Reglementierung und -Kontrolle der Heimbranche gewarnt, die im Übrigen von meist privaten Trägern wie Stiftungen und Vereinen mit viel Herzblut und Fachkompetenz geführt wird. Wie stellt der Regierungsrat sicher, dass die neue zentrale Steuerung durch das AJB wie versprochen mit Augenmass erfolgt und nicht zum Bürokratiemonster wird?
3. Die entstehenden Zusatzkosten für den Stellenausbau vor allem im Amt für Jugend und Berufsberatung werden zu 60 % den Gemeinden belastet. Im Regierungsratsbeschluss wird dies damit begründet, dass «mit Inkrafttreten des KJG eine Reihe von Aufgaben von den Gemeinden zum Kanton verschoben wird». Welche beteiligten Partner wurden bei der Planung einbezogen? Und wie beurteilt der Regierungsrat die Einschätzung, dass die Entlastung in den Gemeinden kaum spürbar ist und dass deswegen keine Stellen eingespart werden können - die geplante Umsetzung des KJG unter dem Strich also doch zu einem Ausbau der Bürokratie führt?

Hanspeter Hugentobler
Christoph Ziegler